

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XX/106

Bonn, den 4. Juni 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 2 Der Fall Argoud - eine Blamage für die Regierung Erhard 61

Von Dr. Dr. Gustav W. Heinemann, MdB
Mitglied der SPD-Regierungsmannschaft

2 Rasche Lösung 26

Hamburgs neuer Bürgermeister
Von Rolf Obest

3 - 4 "Fernsehsucht" - eine moderne Kinderkrankheit ? 102

Kinder und Jugendliche sind 500 bis 1000 Stunden jährlich
vor dem Bildschirm

UNESCO-Studie: Nicht nur negative Auswirkungen der Television

5 Bewirtschaftung des Mangels 47

Es fehlen bis 4 000 Studienplätze für Mediziner

6 - 7 Neue Herausforderung an Belgrad 64

Das radikale Zweigespann Peking - Djakarta
Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Dr. Harry Schleicher

+ + +

Der Fall Argoud - Eine Blamage für die Regierung Erhard.

Von Dr. Dr. Gustav W. Heinemann, MdB
Mitglied der SPD-Regierungsmannschaft

Bei jedem Rechtsbruch kommunistisch regierter Staaten, bei Entführungen und anderen Verstößen gegen internationale Rechtsnormen erhebt die Bundesregierung mit Recht feierlichen Protest. Sie appelliert an befreundete Regierungen, ersucht um Interventionen und interveniert selbst. Im "Fall Argoud" dagegen hat dieselbe Bundesregierung ein Verhalten an den Tag gelegt, das nicht ein Kuhmesblatt ist. Um jedem Mißverständnis vorzubeugen: Die Person Argouds und seine Gegnerschaft gegen de Gaulle steht hier nicht zur Debatte. Es geht um die Unteilbarkeit des internationalen Rechts, um die Wahrung des Rechts auch oder gerade gegenüber einem Verbündeten.

Am 25. Februar 1963 wurde der französische Oberst Argoud, ein Führer des Widerstandes gegen die Algerienpolitik de Gaulles und bereits 1961 in Abwesenheit in Frankreich zum Tode verurteilt, aus einem Hotel in München gewaltsam nach Paris entführt. In einem neuen Verfahren verurteilte der französische Gerichtshof für Staatssicherheit am 30. Dezember 1963 Argoud zu lebenslangem Zuchthaus.

Dieser Fall hat mehrere Seiten. Eine davon geht Argoud persönlich und die Franzosen an. Eine andere betrifft uns. Nur von der letzteren soll hier die Rede sein.

Die Entführung von Argoud aus München stellt eine glatte Verletzung sowohl der Hoheit der Bundesrepublik als auch der elementaren Grundsätze jedes Rechtsstaates dar. Sie wiegt um so schwerer, als sie durch offizielle französische Stellen geschah. In ihrem Ermittlungsbericht vom 15. März 1963 erklärte die Münchener Polizei:

- * "Zusammenfassend kann gesagt und belegt werden, daß es sich bei
- * den dringend Tatverdächtigen um Offiziere der französischen Armee
- * und Angehörige eines offiziellen französischen Dienstes handelt."

Die Bundesregierung hat es nicht fertiggebracht, die Rücküberstellung Argouds in die Bundesrepublik durchzusetzen. Als 1935 der deutsche Staatsangehörige Berthold Jakob durch Hitlers Geheime Staatspolizei aus der Schweiz entführt wurde, verlangte die Schweiz dessen Rückführung, Hitler tobte, aber Hitler beugte sich. Nach einem halben Jahr war Jakob in die Schweiz zurücküberstellt. Argoud aber wird gegen das Verlangen des Bundestages mit Billigung der Bundesregierung im französischen Zuchthaus verbleiben. Das ist das Ende der langen Auseinandersetzungen im Bundestag, über die der Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten am 20. Mai 1965 seinen Bericht vorgelegt hat.

Nach vier vorangegangenen parlamentarischen Anfragen, auf die die Bundesregierung jeweils antwortete, daß Rechtshilfeersuchen der Münchener Staatsanwaltschaft an französische Behörden noch unerledigt seien, beantragte die SPD-Fraktion am 16. Oktober 1963 im Bundestag, die Bundesregierung zu ersuchen, endlich mit Nachdruck die Rückführung Argouds in die Bundesrepublik zu betreiben. Sprecher aller Fraktionen schlossen sich am 6. November 1963 diesem Verlangen an.

Erstmalig am 12. Dezember 1963 raffte sich die Bundesregierung dazu auf, dem französischen Botschafter in Bonn ein Rückstellungsbegeh-

ren vorzutragen. Es geschah dies in einer Weise, die es dem französischen Außenministerium ermöglichte, in dem neuen Gerichtsverfahren gegen Argoud noch Ende Dezember 1963 zu erklären, daß es keine Note mit einem deutschen Rücküberstellungersuchen gebe. Erst daraufhin entschloß sich die Bundesregierung zu einer Note an die französische Regierung.

Bei dieser verspäteten Note ist es geblieben. Zwar erörterte Bundeskanzler Erhard am 14./15. Februar 1964 in Paris den Fall Argoud mit Staatspräsident de Gaulle. Als aber de Gaulle am 19. Februar 1964 abschlägig antwortete, erwiderte Erhard mit Schreiben vom 8. April 1964, daß der "Fall Argoud" für die Bundesregierung zu Ende sei. Dieser abschließende Briefwechsel über eine Angelegenheit, die größte öffentliche Aufmerksamkeit gefunden hat, bleibt g e h e i m. Für die Bundesregierung wahrlich ein blamables und für die Geltung des Rechtes in der freien Welt beschämendes Ergebnis.

+ + +
Rasche Lösung

Hamburgs neuer Bürgermeister

Von Rolf Obst

Rasch haben Hamburgs Sozialdemokraten die durch den Rücktritt des Ersten Hamburger Bürgermeisters Dr. Paul Nevermann etwas unübersichtlich gewordene politische Landschaft in der Hansestadt wieder bereinigt: Der bisherige Finanzsenator, Professor Dr. Herbert Weichmann (69), wurde vom SPD-Landesvorstand als Kandidat für die Nevermann-Nachfolge bestimmt; als neuer Finanzsenator soll der bisherige Bürgerschafts-Fraktionsvorsitzende Gerhard Brandes (62) in den Senat einziehen. Zum neuen Fraktionsvorsitzenden wird schließlich aller Wahrscheinlichkeit nach Oswald Paulig (43), ein jüngerer nach vorn drängender Diplom-Volkswirt, Vorstandsmitglied der Hamburger Wohnungsbaukasse, aufrücken.

In der Hamburger Öffentlichkeit wird das nicht nur als eine schnelle, sondern auch elegante Lösung der Krise betrachtet. Sie unterstreicht, über welch großes Reservoir an politischen Persönlichkeiten die Hamburger SPD verfügt.

Auch die Kandidatur Professor Herbert Weichmanns für das Amt des Ersten Bürgermeisters wird allgemein begrüßt. Der heute 69-jährige Jurist gilt als internationale Kapazität auf dem Gebiet der Finanzpolitik. In der preussischen Regierung Braun-Severing war er Ministerialrat. In der Emigration wirkte er in New York als Wirtschaftsprüfer. Als er 1948 vom Hudson an die Alster kam, sagte er zu seiner Frau mit einem Blick auf Hamburgs Türme: "Das ist meine neue Skyline." Sie ist es geblieben. Als Leiter des Rechnungshofes und dann als Finanzsenator leistete der gebürtige Schlesier der Stadt seiner Wahl wertvolle Dienste. Er wird die Stadtrepublik an der Elbe weiter auf dem von Paul Nevermann eingeschlagenen Erfolgskurs halten.

"Fernschucht" - eine moderne Kinderkrankheit?

Kinder und Jugendliche sind 500 bis 1000 Stunden jährlich vor dem Fernsehschirm

UNESCO-Studie: Nicht nur negative Auswirkungen der Television

H.B. - "Wo immer das Fernsehen auf den Plan tritt, pflegt es die Freizeit der Kinder zu beherrschen". Diese Feststellung, die Hunderttausende von Eltern in der Bundesrepublik auch schon getroffen haben, findet sich am Anfang einer kürzlich bei der UNESCO in Paris erschienenen bibliographischen Studie von Professor Dr. Wilbur Schramm über den Einfluss des Fernsehens auf Kinder und Jugendliche. Zu den am häufigsten gehörten Vorurteilen gehört die Auffassung, dass das Fernsehen die Kinder unangemessen in ihrer "normalen" Freizeitbetätigung beeinträchtigt. Dazu ist festgestellt worden, dass zwar weniger Freiluftbetätigung erfolgt, wenn Kinder intensiv am Fernsehen teilnehmen. Aber gleichzeitig wurde darauf verwiesen, dass die Kinder unserer Zeit - seien sie nicht vor dem Bildschirm - keineswegs nur Spiel und Sport betreiben würden. Professor Wilbur Schramm meint in seiner Einführung, ohne Fernsehen würde ein grosser Teil der Kinder die Freizeit mit Radio hören, Filme besuchen, der Lektüre von Bildgeschichten (Comic-Strips) oder Illustrierten-Romanen zubringen. Dass die Kinder der schulischen Hausaufgaben wegen das Fernsehen merklich vernachlässigten, hat nach den UNESCO-Untersuchungen keine Bestätigung gefunden.

12 bis 14 Stunden wöchentlich am Bildschirm

In welchem Umfange sitzen Kinder und Jugendliche vor dem Bildschirm? Aus den bei der UNESCO vorliegenden Durchschnittsergebnissen kann geschlossen werden, dass das "Durchschnittskind" in Grossbritannien, Japan und in den USA wöchentlich zwischen 12 bis 14 Stunden am Fernseher zubringt, also zwischen 500 und 1000 Stunden jährlich. Wenn man diese Zahlen auf die gesamte Schulzeit überträgt, kommt man zu überraschend, vielleicht auch erschreckend hohen Ziffern. Bei 12 Schuljahren würde von einem Kind im Schnitt also zwischen 6000 und 12000 Stunden ferngesehen! Mit anderen Worten: Die Kinder verbringen vor dem häuslichen Bildschirm ebenso viele Stunden wie vor dem Katheder in der Schule. Dies muss Eltern, Erzieher und Programmgestalter aufhorchen lassen!

In Deutschland ist es noch anders

Die Teilnahme der deutschen Kinder und Jugendlichen ist demgegenüber noch ausserordentlich gering. Nach den Unterlagen der UNESCO-Studie haben 15- bis 20jährige Deutsche im Durchschnitt nur eine Stunde täglich ferngesehen! In England wurde für die Altersgruppe der 10- bis 14-jährigen knapp zwei Fernsehstunden täglich ermittelt, in den USA brachten es dagegen selbst Dreijährige(!) auf 45 Minuten Bildschirm-Aufenthalt je Tag. Volksschüler der 8. Klasse in San Franzisko kamen auf 22,8, Gleichaltrige in einer Universitätsstadt in Michigan gar auf 23,1 Wochenstunden.

Was die Verhaltensforscher meinen

Die Gründe für die Fernsehbegeisterung junger Menschen sind keineswegs besonders alarmierend, wenn man den Verhaltensforschern glauben will. Mädchen z.B. lernen nach eigenen Aussagen einiges Nützliche am Fernsehen, etwa wie man sich "damenhaft" benimmt, kleidet und frisiert; die Jungens betonen, sie erweiterten vor allem ihre sportlichen Kenntnisse und informierten sich über das Verhalten der Männer in den Grossstädten. Die jungen Menschen, die Heranwachsenden, interessieren sich also vor allem für die Welt der Erwachsenen, die für sie vielfach mit der Traumwelt der Jugend identisch ist.

Für diese Meinung scheint auch zu sprechen, dass sich die jungen Zuschauer in erster Linie für die Erwachsenen-Programme interessieren und nicht für die speziell für sie produzierten Kinder- oder Jugendprogramme. Bei den Jugendlichen stehen in der Beliebtheit besonders die "harten" Programme an der Spitze: Abenteuer-, Wildwest- und Kriminalfilme.

Die psychologischen Auswirkungen

Mit den psychologischen Auswirkungen dieser "harten" Filmprogramme haben sich schon viele Untersuchungen auseinandergesetzt. Wie der UNESCO-Dienst hierzu bemerkt, ist die Mehrzahl der "Experten" zurückhaltend mit der Behauptung, dass die Identifizierung mit einem gewalttätigen Darsteller oder das zufällige Kennenlernen krimineller Techniken durch Fernsehspiele bei der Ausführung von Verbrechen eine nennenswerte Rolle spielt". Als wahrscheinlich wird angenommen, dass der negative Einfluss solcher Darstellungen bei milieugestörten und zur Kriminalität neigenden Kindern sich ungünstig bemerkbar macht. Das Fernsehen als solches könne ein normales, ausgeglichenes Kind nicht zum Verbrechen verleiten. Allerdings ist beobachtet worden, dass ein Kind, das keinen befriedigenden Kontakt zu Altersgenossen hat und dessen Familienleben unglücklich ist, durch das Fernsehen in eine Phantasiewelt gelockt werden kann und dann in Gefahr gerät, gewalttätig zu reagieren. Die Experten warnen deshalb vor einer zu starken Herausstellung von Gewalttaten.

Auch ungünstige Auswirkungen auf schulische Leistungen

Nach den Darstellungen der UNESCO werden die Auswirkungen des Fernsehens auf die schulischen Leistungen zum Teil ungünstig beurteilt. In Japan war z.B. die Zahl der Schüler, die zu Hause regelmässig fernsehen durften, merklich geringer. Auch in den USA ist bei Schülern der 6. und 7. Klasse festgestellt worden, dass die "fernsehstüchtigen" hinter den Leistungen der anderen Kinder zurückbleiben. Zu ähnlichen Ergebnissen ist man in Grossbritannien gekommen. Selbst intelligente Kinder bleiben hinter den Leistungen der nur selten fernsehenden, wenn auch weniger begabten Altersgenossen zurück. In Kanada zeigten die Tests, dass geistig regsame Kinder anfangs gern fernsehen, von 12 oder 13 Jahren an jedoch andere Beschäftigungen vorziehen, während die weniger aufgeschlossenen Kinder und Jugendlichen dem Bildschirm verhaftet bleiben.

Auch positive Auswirkungen

Die UNESCO-Dokumentation verschweigt aber keineswegs die positiven Auswirkungen der Television. Beispielsweise wird auf die bemerkenswerte familiäre Bindenkraft des Bildschirms verwiesen, da Kinder und Erwachsene gemeinsam zu Hause bleiben. Positiv bewertet wird auch, dass kleine Kinder am Bildschirm viel lernen. Forscher in den USA und in Kanada ermittelten, dass der Wortschatz von Kindern im Vorschulalter und von AEC-Schültern grösser war, wenn zu Hause ferngesehen wurde. Bei englischen Prüfungen des Allgemeinwissens von Schülern waren die "Fernseher" den "Nicht-Fernsehern" überlegen. Ebenfalls in England hat man herausgefunden, dass Kinder und Jugendliche ohne weiteres auf ein anderes Programm umschalten, wenn sie ihre Lieblingsprogramme (Western, Krimis) nicht bekommen konnten, um sich dann mit kulturellen Programmen zufrieden zu geben. Dabei wurde festgestellt, dass die Geschmacksbildungen und die geistige Regsamkeit auch positiv beeinflusst werden kann.

- * Prof. Dr. Wilbur Schramm ist in seiner Studie zu dem Schluss gekommen,
- * die Hoffnung für eine bessere "Fernseh-Zukunft" sei vor allem eine verantwortungsbewusste Programmgestaltung. Mehr als bisher müsse geschehen,
- * um die potentielle Macht des Fernsehens zu entwickeln; da der Bildschirm ein "Fenster zur Welt" sein könnte. Aber nicht nur in den Programmredaktionen, auch in Schule und Elternhaus wird man nicht umhin kommen, aus den Ergebnissen der weltweiten Fernseh-Untersuchungen gewisse Schlussfolgerungen zu ziehen.

Bewirtschaftung des Mangels

Es fehlen bis 4 000 Studienplätze für Mediziner

Vor längerer Zeit hatte die westdeutsche Rektorenkonferenz beschlossen, in Bonn eine Vermittlungsstelle für Medizinstudenten einzurichten. Die Rektoren gingen davon aus, daß die Studienplätze an den Hochschulen der Bundesrepublik nicht einheitlich belegt sind. Man sollte hochschulreife Abiturienten bei der Suche nach aufnahmebereiten Universitäten helfen. Dieses Projekt hat sich als Mißerfolg gezeigt. Das Ganze läuft auf eine Bewirtschaftung des Mangels hinaus. Wo es nicht genügend Studienplätze für Mediziner gibt, kann auch keine Clearing-Stelle helfen.

Der zentralen Registrierstelle für die Studienanfänger von Medizin und Zahnmedizin in Bonn blieb lediglich die undankbare Aufgabe vorbehalten, von rund 6 200 Bewerbern um einen Medizinstudienplatz 3 600 anzunehmen. Von den rund 900 Bewerbern um einen Platz für Zahnmedizin konnten etwa 740 angenommen werden. Es war der Registrierstelle aber einfach nicht möglich, diesen angenommenen Bewerbern auch einen Studienplatz nachzuweisen. Das konnte sie auch gar nicht, weil im Bundesgebiet einfach zwischen 3 000 und 4 000 Studienplätze fehlen. Auf diese Weise wurde die zentrale Registrierstelle einmal zum Prügelknaben der abgelehnten Bewerber und zum anderen auch für die Angenommenen, die doch nicht zum Studium kommen. Es ist tatsächlich so, daß nicht eine einzige deutsche Hochschule der zentralen Registrierstelle in Bonn auch nur einen einzigen freien Studienplatz gemeldet hat.

Die Kultusminister der Bundesländer hatten seinerzeit den Beschluß der Rektorenkonferenz begrüßt und den Medizinstudenten empfohlen, sich dorthin zu wenden. Das Bundesverteidigungsministerium hatte sogar mit der Rektorenkonferenz vereinbart, daß junge Leute, die ihren Wehrdienst abgeleistet haben, bei gleicher Eignung von der Universität bevorzugt werden sollten. Einige wenige Hochschulen haben sich daran gehalten, ohne daß es der zentralen Registrierstelle bedurft hätte. Andere Universitäten aber nicht. Auch die Zahl jener ist gering, die zum Studium zugelassen worden sind, nachdem sie sich verpflichtet haben, später bei der Bundeswehr als Truppenarzt zu dienen. Dieser Aspekt ist vor dem Hintergrund des großen Ärztemangels bei der Bundeswehr für die Bundeswehr, die sich viel davon versprochen hatte, enttäuschend.

Es kommt nun einfach darauf an, die Zahl der Studienplätze im Bundesgebiet für angehende Mediziner und Zahnärzte zu erhöhen. Die Medizinischen Akademien müssen mit Hilfe des Bundes in den einzelnen Ländern forciert ausgebaut werden. Ob der Bund einem entsprechenden Länderabkommen für die gemeinsame Finanzierung neuer Hochschulen beitrifft oder nicht, sollte sekundär sein. Hier steht einfach nicht die Frage im Vordergrund, in wessen Kompetenzen eingegriffen wird. Es geht darum, daß nunmehr sehr kurzfristig unter Aufwendung großer finanzieller Mittel seitens des Bundes und der Länder der Bau medizinischer Akademien forciert und die Projekte der neuen Universitäten schnell verwirklicht werden. Wo es keine Studienplätze gibt, nützt auch eine zentrale Registrierstelle nichts.

Neue Herausforderung an Belgrad

Das radikale Zweigespann Peking - Djakarta

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Dr. Harry Schliecher

Einen Monat vor der Abhaltung der zweiten afro-asiatischen Solidaritätskonferenz in Algier hat sich die Situation im Lager der in ihrer Mehrzahl an dieser Konferenz teilnehmenden blockfreien Staaten einmal mehr kompliziert. Gab es bislang schon genug Schwierigkeiten infolge des sowjetisch-chinesischen Konfliktes, den Peking in der Form auf die Konferenz übertragen hatte, daß es die Teilnahme Moskaus bislang energisch und erfolgreich blockierte, hat sich nun auch der indonesische Staatschef Sukarno mit einem ähnlichen Ansinnen zu Wort gemeldet. Er werde in keinem Falle an dieser zweiten Bandung-Konferenz teilnehmen, erklärte er, falls Malaysia zu ihr hinzugezogen werden sollte.

Nicht nur diese Parallelfälle, sondern die immer stärker werdenden chinesisch-indonesischen Kontakte überhaupt, unterstreichen, daß das radikale Zweigespann Peking - Djakarta alle möglichen Voraussetzungen für den Ausbau der eigenen Führungsrolle unter den afro-asiatischen Staaten schafft. Die dabei angewendeten Taktiken sind, schon von der Konferenz in Algier all die Kräfte fernzuhalten, die gegen die Radikalisierung der Konferenz mit einigem Gewicht auftreten könnten. Um dieses Ziel zu erreichen, wird auch die Drohung des eigenen Fernbleibens, so gefährlich sie als Mittel der Selbstisolierung auch werden könnte, rücksichtslos genutzt.

Das Ziel Sukarnos

Ein gewünschter Teileffekt hat sich jedoch bereits eingestellt. Vor der Gefahr der Radikalisierung der Konferenz haben einige afrikanische Staaten ihre Teilnahme bereits zurückgezogen. Aber das spielt für Sukarno eben die allgeringste Rolle, da er im Gegensatz zu der von Tito befürworteten Konzeption der quantitativ möglichst viele Staaten umfassenden Politik der Blockfreiheit ein ganz anderes Konzept hat. Demnach kommt es nicht auf die Quantität, sondern Qualität an. Und diese Qualität besteht eben in erster Linie in einer Sammlung der radikal-antimperialistischen Staaten, die Sukarno in der ziemlich unpräzisen Kategorie der "neuen Kräfte in der Entwicklung" zusammenzufassen sucht. So verwirrend diese Konzeption mit ihren zum politischen Idol

von antiimperialistischen Gottesglauben plus sozialer Fortschrittlichkeit auch sein mag, hält Sukarno trotz bislang nicht gerade sehr erfolgreicher Ergebnisse an ihr als Sammlungsplattform fest, auf der vielleicht einmal der Versuch der Fundierung einer Art Konkurrenzorganisation zur UNO gemacht werden könnte.

Belgrader Unwillen

In Belgrad haben die indonesischen Bemühungen um so mehr Unwillen erregt, weil einmal mehr in aller Öffentlichkeit von indonesischen Faktoren die Anklage erhoben worden ist, daß "manche politischen Kreise sogar auf der algerischen Konferenz das Prinzip der friedlichen Koexistenz und der Lösung von Konflikten mit friedliebenden Mitteln" einführen wollen. Auf der zweiten Kairoer Konferenz der blockfreien Staaten waren Tito und Sukarno bereits bezüglich des Problems der friedlichen Koexistenz heftig aneinandergeraten. Der jugoslawische Staatschef hat zwar unmittelbar im Anschluß an die Konferenz öffentlich erklärt, die Differenzen zwischen Sukarno und ihm seien nicht allzu beträchtlich und würden außerdem bei einem baldigen Treffen überbrückt werden, doch kann nach acht Monaten nichts entdeckt werden, was diesen Optimismus gerechtfertigt hätte. Ganz im Gegenteil attackiert Indonesien immer schärfer die von Jugoslawien vertretene Idee der Blockfreiheit. Und wie Sukarno als Gegenspieler Titos auftritt, macht sich Peking immer stärker zum politischen Konkurrenten Moskaus in der afro-asiatischen Welt.

Ernsteste Situation

Die Tatsache, daß die Sowjetunion bislang die chinesische Opposition gegen ihre Teilnahme an der zweiten Bandung-Konferenz nicht ausschalten konnte, obwohl sie infolge ihrer geographischen Lage zumindest als teilasiatisches Land angesehen werden kann, unterstreicht den Ernst der Situation.

Da andererseits auch Jugoslawien nur vor den Türen des algerischen Konferenzsaales wird wirken können, stellt sich sowohl für Moskau als auch Belgrad das Problem, wie man dieser Situation begegnen sollte. Tito wird sich mit seinen sowjetischen Gesprächspartnern bei seinem bevorstehenden Besuch in Moskau sicherlich auch darüber einiges zu sagen haben.